

22. Mai 2019

**Interpellation**

von Yasmine Bourgeois (FDP)  
und Michael Schmid (FDP)  
und 13 Mitunterzeichnenden

Wo Menschen leben, entstehen Emissionen, insbesondere auch Lärm. Im sich wandelnden und verdichtenden Zürich kommt es regelmässig vor, dass Personen, die im Wissen um diese Emissionen zugezogen sind, später hiergegen vorgehen. Dies droht den öffentlichen Lebensraum und die Entfaltungsmöglichkeiten einzuschränken.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat dieser Herausforderung bewusst, und mit welchen Mitteln versucht er bis anhin, dieser Problematik Herr zu werden?
2. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass es wünschbar wäre, wenn neu Zugezogene nicht gegen bestehende oder absehbare Emissionen vorgehen können? Falls nein, wieso nicht?
3. Welche öffentlich- und privatrechtlichen Instrumente bestehen, damit die Allgemeinheit und Private bestehende emissionsbehaftete Aktivitäten nicht aufgrund später Zugezogener einschränken müssen?
4. Welche öffentlich- und privatrechtlichen Instrumente bestehen, damit die Allgemeinheit und Private hinsichtlich Stadtentwicklung absehbare emissionsbehaftete Aktivitäten nicht aufgrund neu Zugezogener einschränken müssen?
5. Wie nutzen die zuständigen städtischen Behörden den von der Rechtsprechung eingeräumten Ermessensspielraum und die Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Ortsgebrauchs?
6. Falls bis heute keine genügenden Instrumente bestehen: Welche Gesetze auf Bundesebene oder kantonaler Ebene müssten angepasst werden, damit die vorliegende Problematik zumindest entschärft werden könnte?

*Handwritten signatures:*  
Im Spm  
S. Vörsel  
P. Bourgeois  
E. Selzer  
M. Schmid  
M. Fischer  
A. B. / A. B.  
A. B. / A. B.